

Christian Pettinger  
Stadtrat der ÖDP Augsburg  
Bürgermeister-Bohl-Straße 70m  
86157 Augsburg  
Tel.: 0821/2291591



An die  
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg  
Frau Eva Weber  
Rathausplatz 1  
86150 Augsburg

Augsburg, den 15. Februar 2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Weber,

ein Bürger der Siedlung Siebenhäusle im Norden von Augsburg hat sich mit einem Anliegen an mich gewandt, welches er in den vergangenen Jahren auch bereits der Verwaltung der Stadt Augsburg vorgetragen habe. Leider sei die Stadt auf seine Eingaben hin nicht im erhofften Umfang tätig geworden. Nach Durchsicht seiner umfangreichen Unterlagen bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass hier dringender Handlungsbedarf seitens der Stadt besteht, da eine Gesundheitsgefährdung der AnwohnerInnen in Siebenhäusle nicht ausgeschlossen werden kann.

Worum geht es?

Die Siedlung Siebenhäusle gehört zum Stadtgebiet Augsburg. Sie liegt nördlich der Autobahn A8 zwischen dem Schuttberg und dem Flughafen. Die Anwohner sind nicht am Trinkwassernetz der Stadt Augsburg angeschlossen, sondern beziehen ihr Trinkwasser aus insgesamt 39 Trinkwasserbrunnen direkt vor Ort. Ein Landwirt aus der Nachbarschaft lässt nun seit Jahren Klärschlamm von einer Spezialfirma auf seinen Äckern direkt neben der Siedlung ausbringen (siehe beiliegende Satelitenaufnahme). Dies hat für den Landwirt gleich mehrere Vorteile: die Spezialfirma übernimmt auch noch das sachgerechte Unterpflügen des Klärschlammes, so dass der Bauer sich diesen Arbeitsschritt sparen kann und zudem muss er keinen teuren Kunstdünger mit Phosphat fürs Pflanzenwachstum beschaffen, denn davon beinhaltet der Klärschlamm reichlich. Und weil der Klärschlamm sonst kostenintensiv getrocknet und verbrannt werden müsste, zahlt ihm die Firma für die Zurverfügungstellung seiner Felder zur Klärschlammausbringung auch noch Geld.

Das Problem:

Leider enthält Klärschlamm neben dem erwünschten Phosphat noch eine lange Reihe höchst bedenklicher z.T. hoch giftiger Anteile an Rückständen aus dem Abwasser. Die beigelegten Auflistungen des Umweltbundesamtes, des Bayerischen Landesamtes für Umwelt und des Fraunhofer Instituts lassen aufhorchen: so enthält Klärschlamm Schwermetalle wie z. B. Blei, Quecksilber, Cadmium, Kupfer, sowie organische Schadstoffe wie Dioxine, Polychlorierte Biphenyle (PCB), Perfluorierte Tenside (PFT), Arzneimittelrückstände, Krankheitserreger, Wurmeier, aber auch

Nanopartikel, Mikroplastik, Weichmacher, Arzneimittelrückstände, Antibiotika und einiges mehr. Viele dieser Stoffe sind hochgradig krebserregend und können sich bei wiederholter Ausbringung im Boden anreichern. Da das Grundwasser in der Umgebung zum Teil nur 1 bis 1,5 Meter unter der Oberfläche ansteht, ist eine Auswaschung der Schadstoffe ins Grundwasser sehr wahrscheinlich. Und nachdem die vorgeschriebenen Mindestabstände von 40 Metern zu offenen Gewässern bei der Ausbringung im vorliegenden Fall laut Aussage des Anwohners regelmäßig nicht eingehalten wurden, ist auch eine Verseuchung des benachbarten Kaisersees und des Fließgewässers Höhrgraben nicht auszuschließen.

Ob sich die Badegäste, die im Sommer den Kaisersee nutzen, der potenziellen Verunreinigung durch Klärschlammbestandteile bewusst sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Allerdings nehme ich an, dass der Kaisersee regelmäßig vom Gesundheitsamt beprobt wird (wie andere Badeseen auch). Wahrscheinlich werden dabei aber auch nur diejenigen Stoffe überprüft, die auch bei den regelmäßigen Kontrollen der Trinkwasserbrunnen beurteilt werden (siehe beiliegenden Beprobungsplan). Die wirklich gefährlichen Stoffe, die der Klärschlamm mitbringt, stehen dabei aber scheinbar nicht auf der Agenda. Insofern gibt es derzeit offensichtlich noch keine Erkenntnis darüber, ob es Giftstoffe aus dem Klärschlamm in den Kaisersee oder gar bis ins Trinkwasser der Siebenhäusle BewohnerInnen geschafft haben. Dass AnwohnerInnen aufgrund dieser Unsicherheit derzeit teilweise als Wasser zum Trinken und Kochen nur noch Mineralwasser aus Flaschen verwenden, ist jedenfalls keine Lösung.

Was sind die Konsequenzen?

In vielen Landkreisen ist wegen der potenziellen Gefahren des Klärschlammes seine Ausbringung auf landwirtschaftlichen Flächen inzwischen nicht mehr möglich. So z.B. auch rund um den Ammersee. Nachdem die Trocknung und Verbrennung des Klärschlammes aufwändig und teuer ist, exportieren diese Gemeinden den Klärschlamm lieber: und so wurde z.B. in den Jahren 2016, 2018 und 2019 Klärschlamm der Ammerseewerke auf Augsburgs Fluren bei Siebenhäusle ausgebracht. Das ist meines Erachtens kein akzeptables Verhalten. Vielmehr verbietet sich die zukünftige Ausbringung von Klärschlamm auf dem Gelände ganz generell. Es kann doch nicht sein, dass für die Trinkwasserbrunnen in Siebenhäusle andere Richtlinien bestehen, als für die Trinkwassererfassungsbereiche der Stadt Augsburg. Dort wurde mit den beteiligten Landwirten eine extensive Bewirtschaftung der Grünflächen eingerichtet. Das sollte doch wohl hier im Augsburgs Norden auch möglich sein.

Ich stelle daher folgenden **Antrag**:

1. Die Ausbringung von Klärschlamm auf Augsburgs Fluren wird zukünftig generell unterbunden. Sollte nicht klar sein, wie dies zu bewerkstelligen ist, kann die Verwaltung ja Kontakt mit den Ammerseegemeinden aufnehmen. Mit den betroffenen Landwirten ist über alternative Konzepte evtl. in Zusammenarbeit mit dem Landschaftspflegeverband und/oder den Stadtwerken zu verhandeln. Ggf. können Zuschussmittel für entsprechende Projekte eingeworben und/oder vergeben werden.

2. Die Stadt lässt sowohl dem Kaisersee als auch dem Grundwasser im Umgriff der betroffenen Äcker über mehrere Jahre regelmäßig Proben entnehmen und auf klärschlammrelevante Giftstoffe hin untersuchen. Dabei muss über die Maßgaben der Düngemittelverordnung (DüMV) und der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) hinaus zusätzlich untersucht werden, ob Rückstände oder Abbausubstanzen von Tier- oder Humanarzneimitteln enthalten sind. Auch Nanoteilchen und Krankheitskeimen sind zu ermitteln. Die Kosten hierfür werden ggf. dem verursachenden Landwirt in Rechnung gestellt.

3. Die Verwendung und Verteilung der auf den betroffenen Äckern angebauten Feldfrüchte wird durch die Stadt geklärt, um zu verhindern, dass diese in die Nahrungskette gelangen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Pettinger,  
Stadtrat (ÖDP)